spricht und die nationale Strömung im deutschen Volke unterdrückt. Das Ziel kann man nur als die dauernde Unterwerfung Deutschlands und die Stabilisierung der französischen Vorherrschaft in Europa bezeichnen, was für schöne Namen man auch für die Wege erfinden mag, die in dieser Richtung eingeschlagen werden. Das ist der zusammengefaßte Eindruck, den man aus der französischen Presse gewinnt. Paris lauert, es glaubt den Augenblick für die Erfüllung seiner kühnsten Wünsche gekommen. Die einzige vernünftige Stimme findet sich im Organ des radikalsozialistischen Führers Daladier, der „Republique", die davor warnt, die finanzielle Lage Deutschlands auszubeuten, um den finanziellen und politischen Imperialismus spielen zu lassen. „Denn was würden Unterschriften gelten", fragt das Blatt, „die man unter der Drohung des Zusammenbruches erhalten hätte?" Eine dünne Stimme der Einsicht, die im Chor der Rache verhallt.

Wie weit das nun besondere französische Pläne sind und wie weit die Angelsachsen bereit sind, sie zu unterstützen, das ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Nur im Punkt der Abrüstung zeichnet sich bereits ein Komplott ab, indem die Engländer und Amerikaner über den Plan eines allgemeinen Rüstungsfeierjahres das deutsche Panzerschiff und damit den Schutz der Ostsee opfern wollen, um von den Franzosen Flottenrüstungszugeständnisse zu erlangen, die ihnen am Herzen liegen. Auf das Groteske dieser Forderung angesichts des ungeheuren Mißverhältnisses zwischen den paar deutschen Schiffen und den Riesenflotten der anderen wurde schon hingewiesen.

Man sieht also: die Gefahren in Paris sind groß und die Verantwortung ist schwer. Wie sollen sich die deutschen Minister verhalten? Die angebotene große Anleihe brauchen wir, und zwar dringlich. Aber nicht um den Preis der Selbstaufgabe, nicht um den Verrat an der deutschen Seele. Sonst wollen wir uns lieber, so wie wir uns selbst über die ersten Schwierigkeiten der Geldkrise hinweggeholfen haben, auch für die Folgezeit ohne Kredite einrichten, was auch immer zunächst die Folge sein mag. Es gibt Lösungen, die für unbarmherzige Gegner nicht weniger bedenklich sind als für uns selbst. Im Hinblick auf die internationale wirtschaftliche Verflechtung ist die Stellung eines Generalschuldners, der von den Gläubigern an den Rand des Bankrotts gedrängt wurde, gar nicht so schwach, wie es scheint. Darum haben Brüning und Curtius keine Veranlassung, als demütige Bittsteller in Paris aufzutreten. Sie müssen die Männer, die in diesem Augenblick das Schicksal Europas in die Hand genommen haben, vor ihre Verantwortung stellen. Und sie müssen von vornherein den unverrückbaren Strich für deutsches Entgegenkommen ziehen, dessen Ueberschreitung die wachsame nationale Bewegung in Deutschland nicht dulden würde. Die Regierung Brüning kämpft nicht nur um ihre eigene, sondern um Deutschlands Zukunft. Und die Verhandlungsgegner mögen sich vor Augen halten, daß die nationale Nachfolgerin einer über ihre Kapitulation gestürzten Brüningregierung den Weg zu neuer Erniedrigung noch viel weniger gehen und noch viel entschlossener aus eigener Kraft den Weg ins Freie suchen würde.

Erklärung des Reichskanzlers vor der Abreise

Berlin, 17. Juli. Reichskanzler Dr. Brüning übergab dem WTB. kurz vor seiner Abreise nach Paris folgende Erklärung:

Nachdem die Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um den Gefahren zu begegnen, die aus den schweren Erschütterungen des deutschen Geld- und Kreditsystems drohen, ist mir nun die Möglichkeit gegeben, den von mir schon in meiner letzten Rundfunkrede zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem persönlichen Meinungsaustausch mit den französischen Staatsmännern zur Durchführung zu bringen. Der Herr Reichsaußenminister und ich fahren nach Paris mit dem festen Willen, in einen

offenen gegenseitigen Meinungsaustausch

einzutreten, dessen Ergebnis, wie ich hoffe, den Weg für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit freimachen wird. Die bevorstehende Aussprache kann um so fruchtbarer sein, als wir gleichzeitig Gelegenheit haben werden, auch mit dem englischen Außenminister und dem amerikanischen Staatssekretär zusammenzukommen. Von Paris werden wir auf eine Einladung der englischen Regierung nach London weiterfahren, um den begonnenen Gedankenaustausch dort fortzusetzen. Ich hoffe, daß diese persönlichen Fühlungnahmen zur Klärung der Lage beitragen und einen sichtbaren Beweis internationaler Solidarität geben werden.

Notverordnung gegen die Oppositionspresse

Aufnahmezwang für behördliche Kundgebungen – Der Abbau der Bankfeiertage

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Juli. Neben den außenpolitischen Erörterungen befaßte sich das Kabinett in seiner Abendsitzung am Freitag mit den Maßnahmen, die in wirtschaftlicher und finanzpolitischer Hinsicht für die nächste Zeit zu treffen sind. Die angekündigte Notverordnung gegen die Kapitalflucht ist noch nicht veröffentlicht worden, weil die Beratungen darüber noch nicht zum Abschluß gebracht worden sind. Die Veröffentlichung dieser Notverordnung wird voraussichtlich im Laufe des Sonnabend erfolgen. Für die Reichsregierung hat der Minister Treviranus in einer Rundfunkrede, die wir an anderer Stelle wiedergeben, bereits Aufklärung über den Weg gegeben, den die Regierung zur Unterbindung der Kapitalflucht einschlagen will. Auch die Maßnahmen, die ab Montag der kommenden Woche zu treffen sind, wurden im Prinzip bereits heute beschlossen und bedürfen nur noch der näheren Ausarbeitung durch die Fachressorts.

Man hofft, daß sich die Lage nach der Entwicklung sowohl des Donnerstag wie des Freitag doch immerhin so weit geklärt haben wird, daß man den Zahlungsverkehr am Montag an den Bankschaltern wird aufnehmen können.

Die Beschränkungen, die den Banken durch die Notverordnung über die Bankenfeiertage auferlegt worden sind und die am Ende dieser Woche ablaufen, sollen aufgehoben werden. Dafür dürfte eine Vorschrift erlassen werden, die es den Banken ermöglicht, von sich aus Rationierungen nach individuellen Gesichtspunkten bei den Auszahlungen vorzunehmen. Man hofft, daß die nächsten Maßnahmen so werden aussehen können, daß sie zur Wiederherstellung eines normalen Zahlungsverkehrs stark beitragen.

Zur Verabschiedung brachte das Kabinett dann noch eine Notverordnung, die als

zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen

bezeichnet wird und die einen bisher in Deutschland in dieser Weise nicht bekannten Berichtigungszwang für die Presse darstellt. Es handelt sich dabei nicht nur um den Zwang zur Berichtigung, sondern direkt den Zwang zur Aufnahme amtlicher Kundgebungen, die die Regierung für so wichtig hält, daß sie jede Zeitung ihren Lesern mitteilen muß. Ausgelöst worden ist diese Notverordnung, deren Veröffentlichung einigermaßen überraschend kommt, durch Vorgänge der jüngsten Zeit. Die letzte Rundfunkrede des Reichskanzlers Dr. Brüning, die man wegen ihres Appells an Frankreich in den Regierungskreisen für politisch sehr bedeutsam hielt, wurde in einigen Zeitungen nur ganz kurz wiedergegeben. In der Regierung nahestehenden Kreisen wurde nun erklärt, daß eine solche Wiedergabe es dem Leser unmöglich mache, ein Bild von dem zu gewinnen, was die Regierung plane und beabsichtige. Man müßte, so wurde gesagt, Zeitungen, die so berichten, nach dem Beispiele Frankreichs auf gesetzliche Weise zwingen können, die Reden in einem Mindestumfange zu verbreiten, den eine behördliche Stelle vorschreibe. Auf Grund dieser Anregungen ist die nun vorliegende Notverordnung entstanden. Sie verpflichtet, wie es in ihrem § 1 heißt, den verantwortlichen Leiter einer periodischen Druckschrift, auf Verlangen der obersten Reichs- oder Landesbehörden oder der von ihnen bestimmten Stelle

Kundgebungen sowie Entgegnungen auf die in der Druckschrift mitgeteilten Tatsachen ohne Einschaltung oder Weglassung unentgeltlich aufzunehmen.

Hat also eine Zeitung irgendeine Meldung gebracht, die der Regierung nicht genehm ist, so kann sie durch diese Bestimmung gezwungen werden, einen Text, dessen Wortlaut die genannten Behörden festsetzen, abzudrucken. Der Abdruck hat unverzüglich, bei Tageszeitungen spätestens in der nach Eingang der Kundgebung oder Entgegnung folgenden Nummer zu geschehen. Eine Stellungnahme zu einer Entgegnung in der gleichen Nummer ist nicht gestattet.

Der § 2 der Notverordnung sieht vor, daß Zeitungen und andere Druckschriften, durch deren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird, von der Polizei beschlagnahmt und eingezogen werden können. Anlaß eines Verbots kann auch das Zuwiderhandeln gegen den § 1 der heute erlassenen Notverordnung werden. Regierungsseitig wird erklärt, daß man hoffe, von diesen Maßnahmen so wenig wie möglich Gebrauch machen zu müssen und daß sie für die „seriöse Presse" wohl überhaupt nicht in Betracht kommen würden. Man beabsichtigt übrigens auch die heute getroffenen Anordnungen in eine Neuregelung des Presserechtes aufzunehmen.

Die Pariser Bedingungen unannehmbar

Regierungsparteien an den Reichskanzler

Berlin, 17. Juli. Namens der Fraktionsgemeinschaft des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei haben die Abgeordneten Simpfendörfer und Graf Westarp an den Reichskanzler vor seiner Abreise nach Paris folgenden Brief gerichtet: „Wir haben mit unseren Stimmen die Einberufung des Reichstages verhindern helfen und sind bereit, Ihre seitherige Politik weiterhin zu stützen. Das ist nur möglich, wenn Sie, Herr Reichskanzler, in Paris die demütigenden und entwürdigenden Forderungen, die Sie dort zu erwarten scheinen, unbeugsam ablehnen und insbesondere jede Bindung der Handlungsfreiheit für die Zukunft vermeiden. Wenn das Ausland jetzt nicht bereit ist, ohne entwürdigende Bedingungen einen Teil der entzogenen Kredite zurückzugeben, und zwar in langfristiger Form, durch die eine Wiederholung derartiger Krisen vermieden wird, so muß das deutsche Volk seine Lebenshaltung und seine Wirtschaft auf die veränderte Kapitalgrundlage einstellen. Rücksichtnahme auf Schäden, die dadurch dem Auslande erwachsen, ist nicht mehr möglich. Das deutsche Volk wird aber, davon sind wir überzeugt, unter tatkräftiger Führung die schweren Opfer, die damit verbunden sind, tragen und um seiner Freiheit willen in Armut weiterarbeiten und -kämpfen. Nur eine Regierung, die eine derartige Politik mit fester Hand nach innen und außen führt, wird von Bestand sein können, die gegenwärtige Krise überwinden und uns der Freiheit entgegenführen."

Die Wirtschaftspartei und das Landvolk haben sich mit Rücksicht auf den ersten Satz des Schreibens diesem Schritt nicht angeschlossen, pflichten ihm aber im sonstigen Inhalt voll bei.

Desgleichen nimmt in der „Nationalliberalen Korrespondenz" der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, unter der Ueberschrift: „Deutsche Schicksalstage" das Wort zu längeren Ausführungen über die gegenwärtige Lage, in denen er zum Schluß erklärt: Die Erklärungen des Reichskanzlers und unseres Freundes Curtius in den letzten Tagen geben mir die Sicherheit, daß sie nichts ertragen und sich zu nichts verpflichten werden, was gegen das Ehrgefühl, was gegen die nationale und wirtschaftliche Lebensfreiheit unseres Volkes sich richtet.

Chequers, nicht Versailles

Schäffer und Bocke fahren nicht mit nach Paris

Berlin, 17. Juli. Auf deutscher Seite wird Wert darauf gelegt, dem Besuch des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers in Paris den Charakter einer reinen Aussprache zu geben, wie sie auch in Chequers stattgefunden hat. Nach dem Willen der Reichsregierung werden also keine formellen Verhandlungen finanzieller oder politischer Art geführt werden. Deshalb werden auch Staatssekretär Schäffer vom Reichsfinanzministerium und Geheimrat Bocke von der Reichsbank den Reichskanzler nicht nach Paris begleiten, sondern direkt nach London fahren. Als einziger Finanz- und Haushaltsachverständiger wird Ministerialdirektor v. Krosigk die Reise nach Paris mitmachen, da es für erwünscht gehalten wird, daß er dort zu den Besprechungen mit der französischen Regierung und den in Paris anwesenden amerikanischen und englischen Politikern zur Verfügung steht.

Das „großmütige" Frankreich gibt den Ton an

Selbstbeweihräucherung in der Pariser Presse

Paris, 17. Juli. Die französische Presse ist am Freitag in erster Linie auf den Passus der gestrigen amtlichen Verlautbarung eingestellt, der von der Initiative Frankreichs zur Wiederherstellung des Vertrauens und des Kredits in Europa spricht. Im Widerspruch mit der Wahrheit werden die Dinge so dargestellt, als ob aller Segen und alles Heil der Welt vom großmütigen Frankreich ausgehe. Während die Rechtspresse schon im voraus die „allzu entgegenkommende" Haltung der Regierung kritisiert und fanatisch an der Politik der Erpressung festhält, klingt aus den Linksblättern eitel Lob und Freude. So schreibt die Zeitung „La Gauche", es sei Paris, das Europa führe, es sei die französische Regierung, die die Initiative zu dieser gewaltigen Wiederaufrichtung der Finanzen der Alten Welt ergreife. Sauerwein unterstreicht im „Matin", daß man nicht mehr behaupten könne, die französische Regierung weigere sich, die Initiative zu ergreifen und eine Verantwortung zu übernehmen.

Hoover lehnt Frankreichs Bedingungen ab

Ein undiskutierbarer Versuchsballon

Washington, 17. Juli. Das unverrückbare Ziel der amerikanischen Regierung, sofortige und möglichst langfristige Hilfe für Deutschland unter Beiseitestellung aller nicht notwendigen Einzelheiten, wurde heute von Unterstaatssekretär Castle nach erneuter telephonischer Besprechung mit Stimson und einem langen Vortrag bei Hoover mit vollster Deutlichkeit erneut betont.

Ferner wurden zwei für das kommende Wochenende äußerst wichtige Punkte geklärt: Man betrachtet den Besuch des Reichskanzlers

Dr. Brüning bei Laval lediglich als einen Auftakt zu der eigentlich entscheidenden Londoner Konferenz,

und man betrachtet ferner die bisher bekanntgewordenen französischen Voraussetzungen für eine Anleihe an Deutschland als „undiskutierbaren Versuchsballon".

Unterstaatssekretär Castle teilte weiter mit, daß die französische Regierung, wie Stimson telephonisch mitteilte, tatsächlich heute früh als Gegenleistung Deutschlands für eine in zehn Jahren rückzahlbare, von Amerika, Frankreich und anderen zu gewährende Anleihe in Höhe von 500 Millionen Dollar, etwa verlangt habe, daß die Zolleinnahmen Deutschland gepfändet würden, daß ein Gläubigerausschuß diese Einnahmen kontrolliere und ein Bestimmungsrecht bezüglich etwaiger weiterer deutscher Auslandsanleihen habe, daß Deutschland seinen Wehretat während dieser zehn Jahre nicht erhöhe und daß Deutschland während dieses Zeitraumes keinerlei politische Forderungen stelle, sondern den politischen und geographischen status quo respektiere. Castle bemerkte hierzu, Hoover habe, als Stimson ihm diese Forderungen mitteilte, erklärt, daß

Amerika sie unmöglich diskutieren könne, und daß die französischen Staatsmänner nach einer Unterhaltung mit Dr. Brüning selbst einsehen würden, daß sie undurchführbar seien.

Die Reichsregierung habe, so betonte Castle, in den letzten Tagen einige sehr energische und gute Maßnahmen ergriffen, die dem Reich über die nächste Zukunft hinwegheffen würden. Nunmehr könne Deutschland erwarten, daß schleunigst ein auf möglichst lange Sicht berechneter Hilfsplan gefaßt werde, und das sei die Aufgabe der Londoner Konferenz. Hoover habe soeben Botschafter Dawes, der in Chikago weilt, gebeten, sofort auf seinen Londoner Posten zurückzukehren, und Dawes werde am 22. Juli mit der „Mauretania" abfahren, so daß dann vier prominente amerikanische Beamte, Stimson, Mellon Dawes und Gibson, an der Konferenz, die wahrscheinlich einige Zeit dauern werde, mitarbeiten können.

London gegen eine Entscheidung in Paris

London, 17. Juli. Die Meldung einer englischen Zeitung, daß Macdonald nach Paris gehen werde, wird amtlich energisch dementiert. Die Verlautbarung besagt, daß die Vorbereitungen für die Ministerkonferenz in London in Verbindung mit der finanziellen Lage in Deutschland weitergehen. Die Besprechungen in Paris, so heißt es, trügen nur einen vorläufigen und informatorischen Charakter. Es könne dort vor dem Zusammentritt der Londoner Ministerkonferenz keine Entscheidung von weitergehender Bedeutung gefällt werden.

Es finden sich in London auch ernste und verantwortliche Stimmen, die jetzt nachträglich die Verschiebung der Reise der englischen Minister nach Berlin für einen Fehler ansehen. Anscheinend ist man in London auch mit der Politik Hendersons in Paris nicht ganz einverstanden.

Sicherlich bedarf die Frage der Klärung, ob der englische Außenminister von den französischen Bedingungen Kenntnis hatte, als die deutschen Minister zur Reise nach Paris aufgefordert wurden.

Die Bank von England vertritt noch immer den Standpunkt, daß Deutschland, wenn irgend möglich, den Weg der Selbsthilfe weitergehen soll und daß derartige Bedingungen, wie sie von Frankreich gestellt sind, sich mit den Grundlagen einer gesunden Finanzpolitik nicht vereinbaren lassen. Andeutungen, unter Umständen auch ohne Frankreich einen Kredit für Deutschland, falls ein solcher wirklich notwendig ist, bereitzustellen, waren am Freitag ausgeprägter als an allen vorangegangenen Tagen.

Vielfach wurde versichert, es würde einfach unverständlich sein, wenn die deutsche Regierung sich bereit finden würde, auf derartige Bedingungen einzugehen. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Deutschland sich in Paris nicht festlegt, so daß es auf jeden Fall mit freien Händen nach London kommen könnte.

Verhaftung von Karl und Heinz Lahusen

Bremen, 17. Juli. Nachdem die mit größter Beschleunigung durchgeführten Ermittlungen des Untersuchungsrichters in Sachen Lahusen nunmehr zu dem Ergebnis geführt haben, daß dringender Tatverdacht besteht, daß nicht nur, wie bisher angenommen, Vergehen gegen die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, sondern darüber hinaus Konkursverbrechen und Betrug durch Führung von Geheimkonten, falsche Buchungen und insbesondere Einstellung fingierter Forderungen in Frage komme, ist am Freitagnachmittag auf Antrag der Staatsanwaltschaft der Haftbefehl gegen die Angeschuldigten Karl und Heinz Lahusen erlassen und vollstreckt worden, weil nunmehr Fluchtverdacht gesetzlich begründet ist.

Der polnische Generalstäbler Demkowski zum Tode verurteilt

Warschau, 17. Juli. Der am vergangenen Mittwoch wegen Spionageverdachts verhaftete polnische Generalstabsmajor Demkowski wurde am Freitag vor das militärische Standgericht gestellt und, da er sich als überzeugter Kommunist zur Spionage bekannt hat, zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Rosenberg, 17. Juli. Heute früh entstand in der Gemeinde Vazec (Bezirk Liptovsky Sv. Mikulas) in einem Wohnhause ein Brand, der rasch eingedämmt werden konnte. Der Wind entfachte das Feuer aber neuerdings, und in kurzer Zeit stand die gesamte 578 Nummern zählende Gemeinde in Flammen.